

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Kein Industriegebiet zwischen Pulverberg und Riedemannstraße!

Der Stadtteilbeirat Gröpelingen nimmt mit Verärgerung zur Kenntnis, dass versucht wurde, den Bebauungsplan 2434 ohne ein vorheriges Beteiligungsverfahren durch die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Landwirtschaft zu bringen.

Der Stadtteilbeirat stimmt der zeichnerischen Einordnung eines Mischgebietes zu. Er lehnt die Festsetzung der Gebiete jenseits 200 Meter Entfernung zur Wohnbevölkerung als Industriegebiet kategorisch ab!

In einer Abstufung sollen die Gebiete nach den Wohn- bzw. Mischgebieten bis ca. 200 Metern Entfernung als Urbanes Gebiet festgesetzt werden. Weiter entfernt liegende Gebiete sollen als Gewerbegebiet festgesetzt werden. Vorhandene Industriebetriebe sollen Bestandsschutz haben. (Neue) Vergnügungsstätten sollen in beiden Gebieten ausgeschlossen werden, Tankstellen im urbanen Gebiet.

Der Stadtteilbeirat erwartet eine explizite Aussage dazu, ob und mit welchem Ergebnis Gespräche mit dem genannten religiösen Kulturzentrum geführt wurden. Ein Bestandsschutz erscheint das Mindeste.

Begründung:

Die Einschätzung, dass es sich bereits heute um ein faktisches Industriegebiet handelt, wird vom Stadtteilbeirat widersprochen. Der Stadtteilbeirat sieht zudem in den heute nicht (mehr) genutzten Bereichen ein Gebiet für kleine und mittlere Gewerbebetriebe, wie es mit dem Gewerbehof Oslebshausen bereits im Jahr 2016 beispielhaft entstanden ist.

Defacto ist es so, dass im weit von der Gröpelinger Wohnbevölkerung entfernten Bremer Industriepark umfänglich Gewerbe angesiedelt wurde, das keine Einstufung als Industriebetrieb hat. Es ist ein Unding, wenn sehr nah an der Wohnbevölkerung aus einem ungeplanten Innengebiet ein Industriegebiet werden soll. Der richtige Weg wäre eine konsequente, an den begrenzt vorhandenen Industrieflächen gespiegelte Ansiedlung von Betrieben.

Bremen definiert sich als eine wachsende Stadt. Eine einmal durchgeführte Ausweisung als Industriegebiet kann nur schwer zurückgenommen werden. Daher verbietet sich schon im Grundsatz eine Ausweisung in so naher Umgebung von Wohngebieten. Den schon heute bekannten Plänen nach sollen diese Wohngebiete etwa im Bereich der Reiherstraße noch deutlich mehr Bevölkerung aufnehmen.